

Auch Union will Schultag verlängern Schavan lobt Investition in Ganztagsangebote

Berlin - Die Präsidentin der Kultusministerkonferenz, Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU), hat vor über 1300 Teilnehmern des fünften Ganztagschulkongresses in Berlin ein klares Bekenntnis zu den Ganztagschulen abgelegt. Sie sagte voraus, dass es in Deutschland in wenigen Jahren ein flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen geben werde. Voraussetzung sei jedoch eine offensive Werbung. Noch seien etwa 50 Prozent der Eltern für die Ganztagschulen und 50 Prozent dagegen. Gelingt es, noch mehr Eltern von diesem Angebot zu überzeugen, dann werde sich die Flächendeckung von selbst ergeben.

Die Präsidentin der Kultusministerkonferenz räumte ein, dass Deutschland auf diesem Gebiet noch einen großen Nachholbedarf habe, denn in anderen Ländern Europas gehörten Ganztagschulen seit Jahrzehnten zum Normalangebot. Kramp-Karrenbauer sagte: „In einigen Jahren werden wir eines der besten Ganztagschulprogramme in Europa haben, weil wir nicht die Fehler der anderen Länder wiederholen.“

Diese Prognose aus dem Munde einer Kultusministerin der CDU wenige Wochen vor dem Bildungsgipfel ist aufsehenerregend, hatte doch der hessische Ministerpräsident Roland Koch das im Jahr 2004 von der damaligen Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD) gestartete Investitionsprogramm zum Ausbau von Ganztagschulen scharf kritisiert. Er nannte es den „goldenen Zügel“, mit dessen Hilfe die Bundesbildungsministerin den Ländern ein Schulprogramm aufdränge, das diese nicht wollten. Aus dieser Kritik wurde in der Föderalismusreform die Konsequenz gezogen: Der Bund darf nicht mehr in den Schulausbau investieren.

Dennoch sind mit dem von Edelgard Bulmahn gestarteten Ganztagschulprogramm sichtbare Erfolge verbunden. Bundeswissenschaftsministerin Annette Schavan zog auf dem Kongress folgende Bilanz: Im Jahre 2004 habe es 1000 Ganztagschulen in Deutschland gegeben. Heute, vier Jahre später, seien es 6918 Ganztagschulen. Mit 2713 Ganztagschulen liegt Nordrhein-Westfalen bei dieser Schulform an der Spitze der Bundesländer, gefolgt von Bayern (822) und Baden-Württemberg (524). In der jetzigen Phase gehe es nicht um mehr Investitionen und Bauen, sagte Schavan. Jetzt müsse über die pädagogische Weiterentwicklung des Programms gesprochen werden. Das müsse ein Thema des Bildungsgipfels werden. Statt eines achtstündigen Unterrichts an einem Strang könne man durch Nutzung des Nachmittags auch zu einer Aufteilung von fünf Stunden am Vormittag und drei Stunden am Nachmittag kommen.

Schavan lobte ebenso wie die Frau des Bundespräsidenten Eva-Luise Köhler die Einrichtung von 14 Serviceagenturen, die Eltern und Lehrer bei der Umstellung auf einen Ganztagsbetrieb beraten und dazu die Kontakte zum Umfeld der Vereine und Unternehmen herstellen. Nur Bayern und Baden-Württemberg haben bisher auf Serviceagenturen verzichtet. 70 Prozent der geförderten Einrichtungen sind offene Ganztagschulen. Mehr als die Hälfte der Ganztagschulen sind Grundschulen, elf Prozent Hauptschulen, zwölf Prozent Gymnasien und acht Prozent Sonderschulen. *Uwe Schlicht*